



März 2010

Beschluss des AWO Präsidiums

Eckpunkte der AWO zur Gesundheitspolitik

„Wir sind ein Mitgliederverband, der für eine sozial gerechte Gesellschaft kämpft und politisch Einfluss nimmt. Dieses Ziel verfolgen wir mit ehrenamtlichem Engagement und professionellen Dienstleistungen.“
(Quelle: AWO Leitsätze 2005).

Die Patientinnen und Patienten müssen im Zentrum der Gesundheitsversorgung stehen!

Immer mehr Menschen fühlen sich in den Strukturen des Gesundheitswesens nicht mehr aufgehoben. Ungeachtet hervorragender Qualität der Einzelleistungen nehmen Sicherheitsgefühl und Vertrauen in die Leistungen des Gesundheitswesens ab. Die patientenzentrierte und ganzheitliche integrierte Versorgung ist unzureichend. Der Patient muss wieder im Zentrum der Versorgung stehen. Niemand darf von sozialer Teilhabe und vom medizinischen Fortschritt abgekoppelt werden.

Die AWO will deshalb mehr Solidarität und eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung für alle, statt Individualisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 10. Juni 2009 in aller Deutlichkeit das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes bestätigt und ihm einen Vorrang eingeräumt. Im Urteil heißt es eindeutig:

„Der Schutz der Bevölkerung vor dem Risiko der Erkrankung ist in der sozialstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes eine Kernaufgabe des Staates. Die gesetzgeberische Absicht, einen Krankenversicherungsschutz für alle Einwohner zu schaffen, ist von dem Ziel getragen, ein allgemeines Lebensrisiko abzudecken, welches sich bei jedem und jederzeit realisieren und ihn mit unabsehbaren Kosten belasten kann. Es ist ein legitimes Konzept des zur sozialpolitischen Gestaltung berufenen Gesetzgebers, die für die Abdeckung der dadurch entstehenden Aufwendungen notwendigen Mittel auf der Grundlage einer Pflichtversicherung sicherzustellen.“

Die folgenden Eckpunkte müssen aus Sicht der AWO bei der künftigen Gestaltung der gesundheitlichen Versorgung berücksichtigt werden:

1. Für eine gerechte solidarische Finanzierung: Die Bürgerversicherung

Die Sicherstellung und Wiederherstellung der Gesundheit aller ist eine solidarische Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern deshalb die solidarische Bürgerversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger sind in ihr versichert. Jede und jeder trägt entsprechend seiner/ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit auf der Grundlage aller Einkommen dazu bei.

Für uns ist die paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine erforderliche und zugleich bewährte Grundlage.

Unabhängig von der Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung fordern wir, bereits heute die PKV in den Gesundheitsfonds einzubeziehen. Die Finanzierung der bundesdurchschnittlichen Ausgaben ist durch paritätisch zu leistende Beiträge und durch die Einbringung von Steuermitteln in den Gesundheitsfonds sicher zu stellen.

Kopfpauschalen, auch in Form kassenindividueller Zusatzbeiträge, lehnen wir ebenso ab wie Sonderbeiträge für Versicherte.

2. Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen – Qualität und Integration stärken

Eine patientenorientierte, flächendeckende, medizinische, rehabilitative, pflegerische und soziale Versorgung ist unabdingbar für eine älter werdende Gesellschaft. Um eine bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Versorgung bei gleichzeitigem Abbau von Über-, Unter- und Fehlversorgung sicher zu stellen, brauchen wir weitere Schritte zur Flexibilisierung des Vertragsgeschehens. Nicht ein versorgungsorientiertes Maximum, sondern ein bedarfsorientiertes Optimum muss dabei das Ziel sein.

Wir wollen die regionale Strukturverantwortung stärken. Die Versorgungsqualität ist durch regionale Kooperation und Koordination zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Jede Patientin und jeder Patient muss die Sicherheit haben, dass alle an ihrer Behandlung Beteiligten verlässlich zusammenarbeiten und abgestimmte Behandlungsstrategien verfolgen. Dazu ist die integrierte Versorgung zu verstetigen und durch eine verlässliche Finanzierung dauerhaft zu sichern. Gleiches gilt für die Versorgung chronisch kranker Menschen durch Leitlinien gestützte und evidenzbasierte Behandlungsprogramme.

Krankenhäuser müssen mit einer soliden finanziellen Grundlage ihre wichtige Versorgungsaufgabe erfüllen können. Wir fordern, dass die Länder ihrer Verpflichtung zur Investitionskostenförderung nachkommen. Nur, wenn genügend Personal vorhanden ist, ist eine qualitätsgesicherte Arbeit in den Kliniken möglich.

3. Mehr Gesundheit für alle – Prävention ausbauen

Gesundheitsförderliche Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger, die Vermeidung von Krankheiten und vor allem der

Ausgleich sozialer Unterschiede bei Gesundheitschancen und Lebenserwartung sind zentrale Elemente des Sozialstaates.

Jedes Kind hat ein Recht auf gesunde Lebensbedingungen und umfassende Gesundheitserziehung.

Gezielte und systematische Gesundheitsvorsorge auch im Alter vermeidet chronische Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit und erhält somit die Lebensqualität. Besondere Beachtung ist der Früherkennung und Frühbehandlung von Demenz zu widmen. Adäquate und zielgruppenspezifische Informationen und konkrete Angebote sollen die eigenen Beteiligungsmöglichkeiten an der Prävention fördern.

Wir fordern, dass gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und zur Sicherung der Lebensqualität aller Erwerbstätigen verstärkt auch in den Dialog der Tarifparteien einbezogen werden.

Wir fordern, dass durch ein Präventionsgesetz die gesundheitliche Prävention von Anbeginn gestärkt wird und Gesundheitsziele als Handlungsrahmen definiert werden. Bund, Länder, Kommunen, die Sozialversicherungsträger und die Private Krankenversicherung müssen sich an Organisation, Gestaltung und Finanzierung beteiligen.

4. Seelische Gesundheit stärken – psychisch Kranken wirksam helfen

Psychische Erkrankungen gehören zwischenzeitlich zu den am häufigsten diagnostizierten Erkrankungen. Nur eine Kurskorrektur in der Politik mit verlässlicher Beschäftigungssicherung, fairer Lohnpolitik und fördernder, statt ausgrenzender Bildung reduziert Angst und Depression.

In der Versorgung psychisch kranker Menschen fehlen immer noch wohnortnahe ambulante Hilfsangebote, die verbindliche Vernetzung und eine koordinierte Hilfeplanung.

Um auch für schwer psychisch kranke Menschen bedarfsgerechte Hilfen in der jeweiligen Heimatregion sicherzustellen, sind regionale gemeindepsychiatrische Verbände der Leistungserbringer und Kostenträger erforderlich, die eine regionale Versorgungsverpflichtung übernehmen, den Betroffenen aber auch Wahlmöglichkeiten belassen.

Der Zunahme psychischer Erkrankungen im Zusammenhang mit gesellschaftlich bedingten Belastungen muss durch politische Konzepte begegnet werden. Das Angebot an psychiatrischen, psychosomatischen und psychotherapeutischen Hilfen muss entsprechend angepasst werden.

5. Lebensqualität stärken – für eine gute Pflege

Die demografische Entwicklung stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz 2008 wurden wichtige Grundlagen für die Zukunft der Pflege gelegt. Die Reformen müssen fortgesetzt werden:

- Wir wollen die Bürgerversicherung auch für die Absicherung des Pflegerisikos einführen. Bei gleichen Versicherungs-, Leistungs- und

Beitragsrechten von privat und gesetzlich Pflegeversicherten streben wir die Zusammenführung dieser Systeme in der Finanzierung an.

- Wir begrüßen das vom Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs erarbeitete Konzept einer neuen Definition der Pflegebedürftigkeit. Wir fordern die zügige Umsetzung dieses Konzepts durch den Gesetzgeber, um die Hilfen der Pflegeversicherung zielgenauer auf die individuellen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen auszurichten.
- Unter Beteiligung von Ländern und Kommunen sind die „Hilfen vor Ort“ weiterzuentwickeln, damit pflegebedürftige Menschen möglichst lange in der eigenen Häuslichkeit verbleiben können.
- Professionelle Pflege, Familienselbsthilfe und Nachbarschaftshilfe sollen als aktive Bürgerhilfe besser vernetzt werden.

Auf dem Pflegemarkt herrscht zwischenzeitlich ein massiver Wettbewerb unter den Anbietern ambulanter und stationärer Pflege, der die Löhne seit Jahren nach unten drückt. Zur Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Pflegeangebotes ist es aus Sicht der AWO von zentraler Bedeutung, dass tariflich ausgehandelte Löhne in den Pflegesatzverhandlungen berücksichtigt werden.

Der Arbeitgeberverband AWO Deutschland e.V. (AGV) und die Gewerkschaft Ver.di haben im vergangenen Jahr beantragt, den Pflegebereich in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Dass nun in einer Kommission über die Einführung eines Mindestlohnes in der Pflege verhandelt, ist ein Erfolg, den die AWO maßgeblich erreicht hat. Am Ende der Verhandlungen muss ein auskömmlicher Mindestlohn in der Pflege vereinbart sein und umgesetzt werden.

6. Patientenrechte stärken – Patientenrechtegesetz schaffen

Wir fordern ein Patientenrechtegesetz, das die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt. In diesem Gesetz ist die systematische Zusammenführung und Spezifizierung grundlegender Rechte mit folgenden Schwerpunkten vorzunehmen:

- Die Qualitätssicherung und Patientensicherheit im Behandlungsprozess muss gestärkt werden
- Die individuellen Pflichten und Rechte im Arzt-Patientenverhältnis, Haftungsfragen sowie die Rechte der Patientinnen und Patienten gegenüber den Leistungsträgern müssen geregelt werden
- Die Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss muss mittelfristig mit eigenem Stimmrecht ausgestattet werden. Zudem ist ihre Vertretung in den Landesausschüssen der Selbstverwaltung zu stärken.
- Eine unabhängige Patientenberatung muss flächendeckend etabliert und in die Regelversorgung überführt werden.

7. Gesundheit – Investition in die Zukunft

Die soziale Gesundheitswirtschaft ist mit einem Umsatz von 260 Mrd. Euro eine der größten und mit 4,3 Mio. Beschäftigten die beschäftigungsstärkste Branche in Deutschland. Die Wachstumspotenziale sind enorm.

Die Bedarfsdeckung bei allen potenziellen Nachfragen medizinisch notwendiger Leistungen ist nur über die solidarische und paritätische Finanzierung von

Gesundheitsleistungen zu erreichen. Mit keiner anderen Finanzierungsreform wird es möglich sein, genügend finanzielle Mittel zur allgemeinen und gleichmäßigen Bedarfsdeckung zu heben.

Sinnvolle und notwendige Einsparungen im Arzneimittelbereich sind von der Bundesregierung vorrangig von der Pharmaindustrie einzufordern. Auch eine Positivliste, wie sie beispielsweise in skandinavischen Ländern gilt, ist ein Instrument, um die Versicherten vor überzogenen Arzneimittelkosten zu schützen.

Durch die GKV, solidarisch finanziert, wird überhaupt erst diese große Branche verlässlich und nachhaltig stabilisiert und entwicklungsfähig gehalten. Deutschland hat das Potenzial, sich zum Kompetenzzentrum für Gesundheit zu entwickeln. Der medizinische Fortschritt muss vorangetrieben werden, um echte und evidenzbasierte Innovationen allen Menschen zur Verfügung stellen zu können. In diesem Zusammenhang fordern wir die Stärkung der Kosten-Nutzen-Analyse und die Bewahrung der Unabhängigkeit des Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), das die Aufgabe hat, patientenorientierte und unabhängige Informationen zur Verfügung zu stellen.

Die ergänzende finanzielle Ausstattung des Gesundheitsfonds aus Steuermitteln, insbesondere zur Stabilisierung der Beiträge halten wir für sinnvoll und erforderlich. Wir wollen als AWO, dass alle Menschen in Deutschland „gesund und sicher“ leben können.

Wir wollen soziale Nachteile für das Gesundheitsverhalten ausgleichen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat der Chancengleichheit im Gesundheitswesen einen hohen Stellenwert beigemessen.

Die Grundlage für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist ein starker Sozialstaat. Gleiche Gesundheitschancen und die solidarische Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken Krankheit und Pflegebedürftigkeit für alle Menschen sind wesentliche Voraussetzungen für Freiheit in ihrer Lebensgestaltung und für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe. Sie tragen zu einem würdigen Leben, zu einer guten Lebensqualität, zu gesellschaftlichem Wohlstand und damit zum gesellschaftlichen Frieden und sozialen Zusammenhalt bei.